

Fragen des ULV an die WissenschaftssprecherInnen im Nationalrat

A. Themenblock 1: Wissenschaftsministerium und Minister

1. Die Änderung des Bundesministeriengesetzes und damit die Zusammenführung der Wissenschaftsagenden mit dem Wirtschaftsministerium (Bundesministeriengesetz Novelle 2014) hat das neue Ressort mit der Bezeichnung „Bundesministerium für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft“ hervorgebracht.

a. Wie vertragen sich Wissenschaft und Wirtschaft in einem Ressort, welche sachliche und politische Begründung hat das aus Ihrer Sicht? Welche Kritik haben Sie nach der Erfahrung einer Legislaturperiode? Würden Sie für die kommende Periode für eine andere Konstellation votieren? Wieder ein eigenständiges Wissenschaftsministerium?

Wir haben die Abschaffung eines eigenständigen Wissenschaftsministeriums von Beginn an kritisiert und auch in einer der ersten Sitzungen des Nationalrats nach der Wahl einen Antrag auf dessen Beibehaltung gestellt¹, der mit Stimmen der Regierungsfractionen abgelehnt wurde. Die letzten Jahre haben bestätigt, was wir befürchtet hatten: der Wissenschaftsteil des Ministeriums wurde von Wirtschaftsminister und später Vizkanzler Mitterlehner als „Beiwagerl“ geführt. Bei Themen, die die Wissenschafts- und Wirtschaftsseite betrafen, wie beispielsweise die Novelle des Urheber_innenrechts, setzte sich die Wirtschaftsseite im Kabinett durch. Entgegen der Wünsche aus dem Verwaltungsbereich Wissenschaft wurde eine Öffnung in Richtung sinnvollem Zweitnutzungsrecht bei wissenschaftlichen Publikationen und Ähnlichem nicht in die Novelle eingearbeitet. Die Zusammenlegung mit dem Wirtschaftsministerium bedeutete, dass es keinen überzeugten Fürsprecher für die Hochschulen und die Wissenschaft in der Regierung gab. Dementsprechend unterentwickelt ist auch die wissenschaftspolitische Debatte in Österreich. Für die kommende Periode gilt dasselbe wie für die vergangene – wir wollen ein eigenständiges Wissenschaftsministerium.

b. Die aktuelle Konstellation ist nicht einzigartig, es gibt inner- und außereuropäische Beispiele. Wie bewerten Sie diese Erfahrungen mit Bezug auf Österreich? Konnte in anderen Ländern diese Konstellation besser genutzt werden?

Diese Frage zu beantworten bedürfte einer vertieften Auseinandersetzung mit der politischen Kultur der jeweiligen Länder, was weder zeitlich noch ressourcentechnisch derzeit möglich ist – sorry. Ich erinnere aber daran, dass die Abschaffung des eigenständigen Wissenschaftsministeriums Ergebnis einer populistischen Diskussion zur Verwaltungsreduktion war – die Regierungsfractionen wollten sich einerseits in der Zahl der Ministerien und Staatssekretariate begrenzen, und andererseits wollte die ÖVP ein eigenständiges Familienministerium, das wohlgerne kaum Kompetenzen aufweist. Die Debatte ist insbesondere deshalb absurd, weil die Einsparung mit einem/einer Minister_in weniger minimalst ist, die Verwaltungsbereiche bleiben ja weiter bestehen.

c. Zu Beginn wurden Befürchtungen laut, dass in dieser Konstellation der Ressorts die Grundlagenforschung leiden und die angewandte Forschung bevorzugt werden wird. Oder dass die Geistes- und Sozialwissenschaften leiden und die Wiwi- und MINT-Fächer bevorzugt werden. Oder dass die wissenschaftliche Lehre universitären Charakters gegenüber der Lehre fachhochschulischen Charakters ins Hintertreffen geraten könnte bzw. generell der Fachhochschulsektor zu Ungunsten des Universitätssektors verstärkt werde. Was können Sie nach einer Legislaturperiode auf diese ursprünglich geäußerten Befürchtungen antworten?

¹ https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXV/UEA/UEA_00021/imfname_334720.pdf

Die Überbewertung der angewandten und Unterbewertung der Grundlagenforschung, sowie die Geringschätzung der Geisteswissenschaften ist nicht mit der Zusammenlegung der Ressorts zu erklären, sondern mit der Politik dahinter. Die Fixierung auf Anwendbarkeit war auch schon mit dem eigenständigen Wissenschaftsministerium gegeben. Die Fusion mit dem Wirtschaftsministerium ist nur die konsequente Folge dieser Politik.

d. Mal die Wirtschaft außer Acht gelassen: Der ULV hat schon länger für eine Zusammenlegung aller Forschungsagenden in einem Ressort plädiert. Das ist ja mit der Zusammenführung der Wissenschaftsagenden mit dem Wirtschaftsministerium nun quasi passiert. Welche Effekte haben sich von dieser Zusammenlegung der Forschungsagenden ergeben? Z.B. hinsichtlich der Doppelgleisigkeiten und einer transparenten und gleichwertigen Vergabe der Forschungsmitteln?

Die Forschungsagenden ressortieren zu einem nicht unwesentlichen Teil auch im BMVIT, von einer Vereinheitlichung im Forschungsbereich kann also nicht die Rede sein. Dementsprechend sind auch keine Effekte abzulesen. Die Vergabe von Forschungsmitteln erfolgt zum Glück über Agenturen und nicht über die Ministerien selbst, daher gibt es auch keine direkten Auswirkungen auf Forschungsprojekte.

2. Die quasi Verschiebung der Wissenschaftsagenden in das Wirtschaftsministerium hat viel Kritik hervorgerufen (zusammenfassbar unter dem Diktum: Wissenschaft als Verschubmasse). Tatsache ist, dass die Wissenschaftspolitik gerade der letzten Jahre, in denen es eben ein eigenständiges Wissenschaftsministerium (unter Hahn, Karl und Töchterle) gegeben hat, in einem steigenden Maße Kritik der Betroffenen hervorgerufen hat.

a. Von verschiedenen Seiten wurden die Desiderata und Problemfelder an den Universitäten aufgezeigt. Die Stimmung könnte man diesbezüglich zwischen Verzweiflung und Resignation ansiedeln. Was sind aus Ihrer Sicht die dringlichsten universitären Baustellen, z.B. die Top 5? Und wurde diese in der zu Ende gehenden Legislaturperiode angegangen?

1. inakzeptable Studienbedingungen aufgrund schlechter Betreuungsverhältnisse in manchen Studienrichtungen
2. prekäre Dienstverhältnisse von (sogenannten) nebenberuflich lehrenden Personen
3. Drittmittelabhängigkeit vieler junger Wissenschaftler_innen
4. Unterdotierung des FWF
5. Widerspruch zwischen geforderter Profilbildung autonomer Universitäten vs. nötiger österreichweiter Kooperation.

Nicht in dieser Liste enthalten ist ausnahmsweise die Finanzierung der Universitäten, da es mir in einem politischen Coup gelungen ist, die Erhöhung des Uni-Budgets für die kommende Leistungsvereinbarungsperiode um 1,35 Milliarden Euro zu sichern. Ebenso positiv zu erwähnen ist die (dennoch unzureichende) Erhöhung der Stipendien.

b. Manche meinten, jetzt endlich – und gerade auch wegen der Auflösung des BMWF – die Zeit für wirklich notwendige Reformen gekommen sein. Inwiefern konnte die zu Ende gehende Legislaturperiode für erhoffte Reformen genutzt werden?

Diese Einschätzung ist mir inhaltlich nicht nachvollziehbar. Nennenswerte Reformen gab es kaum. Ein Erfolg ist die Begrenzung der Unirats-Entschädigungen, die aufgrund meiner parlamentarischen

Anfragen sowie einer darauffolgenden Überprüfung durch den Rechnungshof nun mittels Verordnung erfolgt.

3. Als nach der Zeit von Ministerin Gehrler (wieder) ein eigenständiges Wissenschaftsministerium geschaffen wurde, herrschte in der SciCom – trotz Bologna und UG2002 – irgendwie freudige Aufbruchsstimmung. Alle drei Minister bekamen zu ihrem jeweiligen Amtsantritt eine Art Vorschussvertrauen. Bei Hahn sagten alle: Ah, ein Philosoph! Dann kamen nicht enden wollende Studentenproteste und schließlich die 2 Plagiatsaffäre. Bei Karl sagte man: Arbeitsrechtlerin, habilitiert, Mittelbauerin/ehem. Univ.-Ass. – die weiß, wovon sie spricht, das passt! Dann kamen die Auflösung der außeruniversitären Forschungseinrichtungen und Einsparungen, Einsparungen, Einsparungen. Schließlich kam Univ.-Prof. Töchterle und alle sagten: Endlich einer von uns, gelehrt, intellektuell, erfahren. Und dann ging politisch scheinbar nichts mehr, heute sind viele einfach nur enttäuscht (quasi ein Déjà-vu bez. BM a.D. Univ.-Prof. Tuppy). Über BM Mitterlehner und dann BM Mahrer als neue Wissenschaftsminister gab es aus der SciCom kaum Kommentare, weder positiv, noch negativ, scheinbar keine Erwartungshaltungen, auch keine Kritik. (Kritische Kommentare bezogen sich im Wesentlichen auf die Auflösung des BMWF.) Wie nehmen/nahmen Sie als WissenschaftssprecherIn die beiden handelnden Personen als Wissenschaftsminister im parlamentarischen Umgang, etwa im Wissenschaftsausschuss oder im Plenum u.a. persönlich wahr? Welche Erwartungen hatten/haben Sie an beiden Minister, wurden sie erfüllt oder enttäuscht?

Auch diese Einschätzung ist mir – die wissenschaftspolitische Debatte seit 2005 verfolgend – inhaltlich nicht nachvollziehbar. Minister Mitterlehner hätte sich wohl gerne besser um die Unis gekümmert, was aber insbesondere seit der Übernahme der Vizekanzlerschaft nicht möglich war. Zudem verfügte er in diesem Bereich über wenig Expertise. In Ausschusssitzungen reagierte er auf Fragen oft unwirsch, bemühte sich aber grundsätzlich sie zu beantworten. Minister Mahrer neigt zu ausführlichen aber dafür meist wenig konkreten Antworten. Meine Erwartungen decken sich ca. mit meinen Erfahrungen.

B. Themenblock 2: Universitätskarrieren und Wissenschaftsnachwuchs

4. Als Vorsitzende des ULV an der Universität Wien vertreten wir alle an der Universität tätigen WissenschaftlerInnen, angefangen bei TutorInnen, StudienassistentInnen und anderen studentischen MitarbeiterInnen über LektorInnen und WissenschaftlerInnen in der drittmittelfinanzierten Forschung sowie die mehrheitlich befristet und zu einem sehr geringfügigen Teil auch unbefristet angestellten UniversitätsassistentInnen bis hin zu den Habilitierten (PDs, Assoz.Profs., ao.Profs) und den berufenen ProfessorInnen. Traditionell haben wir an den österreichischen Universitäten immer noch steile Hierarchien und strikte Kurieneinteilungen. Der ULV plädiert seit Jahren für eine Aufgabe dieses aus unserer Sicht antiquierten und teuren Systems und für die Einführung des international üblichen, auf Konkurrenz basierenden Faculty-Modells – also alle WissenschaftlerInnen post-Doc in einer gemeinsamen Gruppe – mit durchlässigen Karriereschienen. Wir stehen damit in Opposition zu einer – qualifizierten – Minderheit im UniversitätsprofessorInnenverband. Unter BM Hahn stand das Faculty-Modell als zukunftsweisendes System nahe an der Einführung, dann kam sein Jobwechsel. BM Karl war auch dafür, aber zu kurz im Amt. Unter BM Töchterle war dies scheinbar nur ein Randthema. De facto haben alle internationalen Top-Universitäten das Faculty-Modell. Wie stehen Sie dazu? Inwiefern hat dieses Thema für Sie als WissenschaftssprecherIn in der zu Ende gehenden Legislaturperiode eine Rolle gespielt? Welche Lösungen würden Sie in der kommenden Legislaturperiode vorschlagen?

Ich befürworte die Einführung eines Faculty-Modells, wobei nicht alle Aspekte des angloamerikanischen Modells auf die österreichische Situation direkt übertragbar sind. Ich habe mich in der vergangenen Legislaturperiode vor allem für das wissenschaftliche Prekariat engagiert und auch bei der Änderung des UG was die Assoziierten Professor_innen betrifft für eine weitreichendere Änderung eingesetzt – leider ohne Erfolg. Ich halte eine Änderung der universitären Governance, die Entmachtung der Professor_innenkurie und die Fokussierung auf den tatsächlichen Beitrag zur universitären Gestaltung von Einzelpersonen unabhängig von ihrer Kurienzugehörigkeit für notwendig. Allerdings braucht es in diesem Bereich auch noch eine ausführlichere Diskussion, die unter Hahn nicht erfolgt ist.

5. Einer der wesentlichen Kritikpunkte an den Reformen, Reförmchen, und Deformationen im universitären Bereich in den letzten Jahren war z.B. der weitestgehende Rück- bzw. komplette Abbau der inneruniversitären Demokratie. Das Motto des ULV lautet „Universität ist Leistung durch Kooperation und Verantwortung durch Partizipation“. Mit der erstmaligen Einführung eines eigenständigen Wissenschaftsministeriums unter Hertha Firnberg kam auch ein entsprechendes UG mit einem hohen Maß qualitätvoller, wenn auch aufwendiger inneruniversitärer Demokratie. Gehen die Ansprüche gesellschaftlicher und universitärer Realität in unserem Land nicht diametral auseinander, wenn wir mehr Demokratie in der Gesellschaft verlangen (mehr direkte Demokratie, mehr Volksbefragungen und -abstimmungen, neues Wahlrecht mit erhöhter Bedeutung der Vorzugsstimmen etc.) und in der Universität die Demokratie nun praktisch völlig dekonstruiert ist? Sind von Ihnen z.B. Vorschläge zu gesetzlichen Korrekturen in dieser Hinsicht (z.B. Stichwort: Drittelparität – etwa im Senat) zu erwarten?

Ich halte diese Ihre Formulierung von Kritik für überholt. Die Welt hat sich verändert, die Unis sind gewachsen, sie werden – und sollen auch nicht – in die direkte ministerielle Abhängigkeit zurückgeführt werden. Wir brauchen neue Antworten und Lösungen auf die Herausforderungen die sich stellen, das bedeutet für mich auch die Überwindung der Kurien sowie deren Selbstverständnisses. Der Mittelbau an den Universitäten wird in seinen Leistungen in der Lehre, der Forschung und der Verwaltung oft nicht ausreichend gewürdigt, Arbeitslast, Verantwortung und Privilegien sind nicht gerecht verteilt. Gleichzeitig halte ich das Zurückwünschen alter Zustände, wie ich es von allen universitären Kurien nach der Einführung des UG 2002 erlebt habe, für wenig zielführend. Drittelparität und Faculty-Modell sind inhaltlich ein Widerspruch, ich befürworte letzteres – mit einer fairen Bewertung der tatsächlich geleisteten Arbeit und der übernommenen Verantwortung für die Bildung und Betreuung der Studierenden und der universitären Selbstverwaltung und Gestaltung.